

# Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.07.2019, Nr. 175, S. 1

## Klimapolitische Pyrrhussiege

Von Reiner Burger

Die Energiewende braucht eine marktwirtschaftliche Generalrevision.

Geschichte und Erfolg der deutschen Umweltbewegung sind fest mit der Apokalypse verbunden: "Waldsterben", "Atomtod". So erklärt sich schon aus dem Anspruch der Klimaaktivistin Greta Thunberg, die Erwachsenen in Angst und Panik zu versetzen, warum "Fridays for Future" vermutlich nirgends auf so große Resonanz stößt wie in Deutschland.

Angst und Panik sind allerdings nie gute Ratgeber, auch nicht, wenn es um die hochkomplexe Energie- und Klimapolitik geht. Der prominenteste Beleg dafür ist ausgerechnet der bisher größte Triumph der deutschen Umweltbewegung: der Atomausstieg. Über Jahrzehnte gelang es Bürgerinitiativen, Verbänden und den über dieser Frage entstandenen Grünen, das Vorhaben immer fester und breiter in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Anfang des Jahrtausends beschloss eine rot-grüne Bundesregierung dann das Ende der Atomkraft. Zehn Jahre später hatte Schwarz-Gelb unter Kanzlerin Angela Merkel den Ausstieg gerade erst per Gesetz wieder um einige Jahre hinausgezögert, als es zur Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima kam. In Windeseile revidierte sich Schwarz-Gelb in Berlin. Seither steht fest: 2022 gehen die letzten Kernkraftwerke vom Netz.

Deutschland verlängerte damit die Nutzung der besonders klimaschädlichen Kohle. Sie wurde zum Garanten für eine stabile Energieversorgung. Strikt unter Klimaschutzaspekten betrachtet, hätte diese Backup- und Brückenfunktion jedoch, wie in vielen anderen Ländern, die kohlendioxidfreie Atomkraft übernehmen müssen. Dann hätte der überfällige Kohleausstieg schon vor Jahren forciert vorangetrieben werden können. Von der Atomkraft hätte man sich erst endgültig verabschieden sollen, wenn alle für das so wichtige Zukunftsprojekt Energiewende nötigen Systemkomponenten wie Stromnetze und Speicherkapazitäten ausreichend vorhanden gewesen wären.

Das macht deutlich: Ein Ausstieg ist kein Wert an sich. Nach dem Anfang des Jahres mühsam ausgehandelten Kohlekompromiss werden sich jedoch bald sogar zwei Ausstiege in Deutschland überlagern. Denn ein erheblicher Teil der Kohlekraftwerkskapazität soll schon Anfang der zwanziger Jahre vom Netz gehen. Ökonomen rechnen deshalb damit, dass Deutschland die sich öffnende Lücke zumindest zeitweise durch noch mehr Kohle- und Atomstrom aus Osteuropa und Frankreich werde kompensieren müssen. Verschärft wird die Lage durch den schleppenden Ausbau der Netze, der schon jetzt ein "zunehmendes Risiko für die Versorgungssicherheit" darstellt, wie der Bundesrechnungshof Anfang Juli

festgestellt hat.

Auf welchen Teilaspekt man auch schaut: Die Energiewende "made in Germany" ist bislang ein sich selbst diskreditierendes System. Als der damalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin vor 15 Jahren ein überarbeitetes Erneuerbare-Energien-Gesetz vorlegte, versprach er, das Projekt werde jeden Haushalt nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten. Heute ist elektrische Energie in Deutschland durch Steuern, Abgaben und Umlagen so teuer wie nirgendwo sonst in Europa. Das wird zunehmend zum sozialen Problem, weil einkommensschwache Haushalte überproportional belastet werden. Obendrein bekommen alle anderen systematisch Fehlanreize. Hausbesitzer beispielsweise müssen im bestehenden System kräftig Stromsteuer und EEG-Umlage zahlen, wenn sie sich für eine klimafreundliche Wärmepumpe entscheiden. Keine Ökozuschläge werden dagegen für den fällig, der sich eine Gas- oder Ölheizung einbauen lässt - obwohl diese weit mehr CO<sub>2</sub> verursachen.

Dass es so nicht bleiben kann, hat der Bundesrechnungshof schon im vergangenen September unmissverständlich klargemacht: Viele Milliarden Euro sind im Namen der Energiewende mittlerweile umgeschichtet worden - der Effekt ist dürftig. Denn die CO<sub>2</sub>-Emissionen gingen seit Beginn des schlecht gemanagten Projekts kaum zurück. Die Behörde sprach von einem "krassen Missverhältnis". Gehe das so weiter, bestehe das Risiko des Vertrauensverlusts gegenüber der Fähigkeit von Regierungshandeln.

Mehr Marktwirtschaft wagen - so muss deshalb das Motto für die dringend notwendige Generalrevision, für die Rettung der Energiewende lauten. Ein Hoffnungszeichen ist, dass sich die Bundesregierung endlich ernsthaft mit einer konsequenten CO<sub>2</sub>-Bepreisung befasst. Zunächst aber will sie in den kommenden Monaten noch einmal eine richtig teure planwirtschaftliche Runde namens Kohleausstiegsgesetz drehen. Entschädigt werden möchten die Energieunternehmen nicht nur für das Stilllegen von Kraftwerksblöcken. Enorme Summen sollen auch in eine Symbolpolitik wie die von Umweltverbänden vehement geforderte Erhaltung des "Hambi" genannten Hambacher Forsts oder sogar in klimapolitisch kontraproduktive Dinge fließen. Der Kohlekompromiss sieht nämlich auch vor, dass das effizienteste deutsche Steinkohlekraftwerk im westfälischen Datteln gar nicht erst in Betrieb geht; das wiederum hätte zur Folge, dass eine alte Kohledreckschleuder, die viel mehr CO<sub>2</sub> freisetzt, länger am Netz bleiben kann. Freilich, dieses Hambi-Datteln-Paradoxon fügt sich perfekt ein in die bisherige Geschichte der deutschen Energiewende.